

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

D/XXVI/233

Bonn, den 5. Dezember 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 1a	<u>Demonstrationsamnestie - eine politische Entscheidung</u> Verheißungsvoller Versuch eines Neubeginns Von Regierungsdirektor Dr. Hans A. Stöcker	60
2 - 3	<u>Das nächste Jahrzehnt</u> Von Albert Osswald, Ministerpräsident von Hessen	101
4	<u>Verschleißerscheinungen</u> Wie lange noch Regierung Dr. Lemke?	42
5	<u>Deutsch-spanischer Jugendaustausch auf gutem Wege</u> Verdreifachung der ausgetauschten Jugendlicherzahl angestrebt - Gastarbeiterkinder gesellschaftlich voll integriert Von unserem HD-1-Korrespondenten in Madrid	39

Demonstrationsamnestie - eine politische Entscheidung

Verheißungsvoller Versuch eines Neubeginns

Von Regierungsdirektor Dr. Hans A. Stöcker

Seit dem Amtsantritt der neuen Bundesregierung steht auf der rechtspolitischen Tagesordnung die Amnestie der vielen jungen Menschen, die in der Vergangenheit bei Demonstrationen mit dem Strafgesetz in Konflikt geraten sind. Diese Amnestie soll das Verhältnis zwischen den Generationen in unserem Lande bereinigen. Zugleich soll sie aber auch den Abschluß der Reform der Strafvorschriften zum Schutz des Gemeinschaftsfriedens bilden. Daß diese Reform dringlich ist, weil unser geltendes Recht in diesem Punkt noch obrigkeitstaatlich geprägt ist, entspricht der Meinung der Bundesregierung. Die Bundesregierung ist darum entschlossen, diese Reform bis zum nächsten Frühjahr unter Dach zu bringen.

Klar ist auch, daß eine Demonstrationsamnestie kommt, die selbstverständlich auch Straftaten einbeziehen müßte, die anläßlich von Demonstrationen von Polizeibeamten begangen wurden. Aber den in der Öffentlichkeit erhobenen Forderungen, eine Amnestie noch vor der Neuordnung des Demonstrationsstrafrechts zu beschließen, ist die Bundesregierung nicht nachgekommen. Eine vorweggezogene Amnestie gewänne vor allem dann an aktuellem Interesse, wenn sich die Reform des Demonstrationsstrafrechtes verzögern würde. Die Tatsache, daß die Vorwegnahme der Amnestie zunächst unterbleibt, übt auf den Gesetzgeber einen heilsamen Zwang aus, sich mit der Neuordnung der Strafvorschriften zum Schutz des Gemeinschaftsfriedens zu beeilen. Das ist mit dem von der SPD- und FDP-Bundestagsfraktion gemeinsam eingebrachten Initiativentwurf zur Reform des Demonstrationsrechtes geschehen. Die erste Lesung im Bundestag erfolgt schon in der kommenden Woche.

Alle Überlegungen zur Neuordnung des Demonstrationsstrafrechts gehen davon aus, daß nicht etwa fachjuristische Bedenken, sondern

politische Bewegungen entscheidend sind. Eine Amnestie ist ein Stück Rechtspolitik. Für sie gilt, was für jede gute Politik gelten sollte: Sie muß Hand und Fuß haben, sie darf nicht nach Effekten haschen und sie muß Nägel mit Köpfen machen.

Nichts von alledem wäre gewährleistet, wenn wir heute eine Amnestie machten und bei den Demonstranten, die morgen mit den gleichen veralteten Strafvorschriften in Konflikt geraten, vor den gleichen Problemen stünden. Heute amnestieren heißt bei unveränderter Rechtslage nichts anderes, als einen Freibrief für die Übergriffe von morgen ausstellen. Denn eine vorweggezogene Amnestie müßte eine weitere, bei Abschluß der Rechtskorrektur zu erlassende Amnestie zwangsläufig nach sich ziehen. Eine Amnestie in Raten würde aber die Glaubwürdigkeit der Rechtsordnung ebenso erschüttern, wie sie die mit der Amnestie verbundene allgemeinpolitische Zielsetzung beeinträchtigte. Wer an die Jugend ein glaubhaftes Wort der Versöhnung richten will - und diesen Willen hat die Bundesregierung - darf dabei nicht ins Stottern kommen.

Was die schwebenden Verfahren anlangt, so werden vernünftige Richter gut daran tun, sie noch eine kleine Weile schweben zu lassen. In einem Vierteljahr werden wir klarer sehen. Kein Richter braucht sich jedenfalls so zu fühlen, als säße er unter einem "Damoklesschwert". Diese in der Öffentlichkeit erhobene Behauptung vergreift sich überdies im Bild: Die Amnestie, um die es geht, ist keine Drohung, sondern der verheißungsvolle Versuch eines Neubeginns.

+ + +

Das nächste Jahrzehnt

Von Albert Osswald,
Ministerpräsident von Hessen

Vor zehn Jahren, am 15. November 1959, verabschiedeten Delegierte der SPD das "Godesberger Programm" und zeichneten damit den Weg zur Übernahme der Regierung durch Sozialdemokraten in unserem Staat vor. Damals begann auch die Entwicklung zu einer Volkspartei, zu einer Partei also, die alle fortschrittlich denkenden Bürger aus den verschiedenen sozialen Schichten umfaßt.

Programme hatten für die SPD in ihrer über hundertjährigen Geschichte stets eine realistische Funktion, indem sie jenen Grundriß aufzeigten, nach dem die politische Wirklichkeit gestaltet werden sollte. Heute sind wir diesem Ziel sehr nahe gekommen, und wir sollten jetzt unsere ganze Energie aufwenden, dieses Ziel selbst zu erreichen.

Die SPD hat in der Vergangenheit immer kargestellt - und sie wird das auch in Zukunft tun -, daß es ihr in ihrem politischen Kampf nicht allein um einen Machtwechsel in der Bundesrepublik geht, und daß sie nicht lediglich eine Klima-Verbesserung anstrebt. Unser Ziel ist eine Strukturveränderung in Richtung einer in allen ihren Bereichen demokratisierten Gesellschaft und eine Beseitigung der vorhandenen Ungleichgewichte. Dieses Ziel ist nicht von heute auf morgen zu erreichen, aber die Übernahme der Regierungsverantwortung durch Sozialdemokraten ist die entscheidende Voraussetzung dafür.

Allerdings sieht sich unsere Partei jetzt einer Situation gegenüber, die sich schon mit der Übernahme eines Teils der Regierungsverantwortung im Dezember ankündigte: Dem Auseinanderklaffen zwischen weitgesteckten programmatischen Zielen und den realen Möglichkeiten der Durchsetzung dieser Ziele auf Grund der herrschenden Mehrheitsverhältnisse.

Es wäre jetzt aber falsch, die programmatischen Ziele der SPD, das Streben nach mehr Demokratie in Staat und Gesellschaft, die Verwirklichung der Chancengleichheit im wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Leben aufzugeben, sondern genau das Gegenteil ist richtig: Wir müssen unsere Anstrengungen bei der theoretischen Durchdringung unserer Gesellschaft weiter verstärken. Daß wir dabei den tatsächlichen Verhältnissen vorausziehen, ist zunächst eine zwangsläufige Erscheinung, denn die 20jährige Herrschaft konservativer Politiker hat uns einen Staat überlassen, in dem zwar teilweise eine Verbesserung der materiellen Lebensbedingungen festgestellt werden kann, die jedoch zu keiner Befriedigung im gesellschaftspolitischen Bereich, insbesondere aber nicht zu einer gerechten Vermögensverteilung geführt hat.

Neben der theoretischen Arbeit müssen wir unsere Aufmerksamkeit noch auf einen Bereich lenken, der vielfach in der politischen Praxis zu kurz kommt. Wir müssen die Öffentlichkeitsarbeit wesentlich verbessern. Die Vermittlung von politischen Gegebenheiten, von Resolutionen und Programmen allein ist noch keine Entscheidungshilfe für die Bürger. Wir müssen nämlich wissen, wie sie an die Bürger herankommen, welche Wirkungen sie haben. Dabei geht es in Zukunft nicht darum, daß sich die SPD einer unpolitischen Mehrheit anpaßt, sondern die sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Verhaltensweisen analysiert, um eine schlüssige Methode zur Veränderung eben dieser Verhaltensweisen zu finden.

Im Vordergrund stehen die Fragen, welche neuen Bedingungen die

politischen Auseinandersetzungen bestimmen und in welcher Größenordnung neue Möglichkeiten zu berücksichtigen sind. Der Bundestagswahlkampf in diesem Jahr hat bereits einige Aufschlüsse und auch einige Antworten gegeben. Die Bevölkerung ist politischen Themen gegenüber aufgeschlossener, der Grad ihrer Aufklärung über wirtschaftspolitische Fragen ist größer geworden, und die Bürger sind bereit, die eindeutige politische Profilierung von Kandidaten zu honorieren. Eine entscheidende Erfahrung der letzten Monate besteht darin, daß der Bürger die reine Kundgebungsform nicht akzeptiert, statt dessen Diskussionen mit der jeweiligen Referenten erwartet. Dies ist auch für die kommenden Auseinandersetzungen zu berücksichtigen, und zwar sollten die hessischen Bürger bereits bei der Aufstellung eines Programms für die Landtagswahl beteiligt werden.

Eine dritte Säule unserer Arbeit ist die Organisation der Partei. Sie wird sich noch in Richtung einer stärkeren Öffnung zur Öffentlichkeit hin entwickeln. Ihre Mitglieder müssen stärker als bisher die Mitbürger in ein echtes demokratisches Gespräch miteinbeziehen. Das bedeutet auch eine stärkere Mobilisierung der Parteimitglieder. Vordringliche Aufgabe ist dabei eine verstärkte Mitgliederwerbung. Ziel unserer Werbung muß die politische Bewußtseinsbildung vor allem bei zwei Gruppen sein: den Frauen und den jungen Menschen. Hier haben sich bei der Bundestagswahl schon erfreuliche Ansätze gezeigt, die jedoch weiter gestärkt und gefördert werden müssen. Besonders erfreulich war die Absage der vielfach als radikal verschrienen Jugend an die radikalen Flügelparteien und ihr Bekenntnis zu einer modernen, liberal-sozialen Staatsordnung. Damit im kommenden Jahr die Zahl der Mitglieder gesteigert werden kann, müssen wir die Politik der SPD aber noch stärker als bisher in die Bevölkerung hineinbringen.

Wenig hilfreich ist hier eine ständige Konfrontation der Partei- und Regierungsführung mit jenen programmatischen Zielen, die auf Grund der Mehrheitsverhältnisse nicht zu verwirklichen sind. Dadurch würden wir in einen Zerschleißprozeß geraten, der das politische Terrain, das wir mühsam errungen haben, wieder gefährdet. Unsere Hilfe für diese Regierung sollte vielmehr darin bestehen, durch eine umfassende Bewußtseinsbildung, die gesellschaftlichen Bedingungen für eine rationale, fortschrittliche Politik zu verbessern. Das heißt, daß wir durch bessere Argumentationen und eine intensivere Aufklärungsarbeit die Voraussetzungen für bestimmte konkrete politische Entscheidungen schaffen, die heute möglicherweise noch auf Widerstand der Gruppen stoßen, denen in den letzten zwanzig Jahren konservative Denkkategorien eingeübt worden sind. Auf außenpolitischem Gebiet betrifft das unser Verhältnis zur DDR und anderen Ostblock-Staaten; im innerpolitischen Bereich wird das Verhältnis Regierung-Bürger ebenso berührt wie die notwendigen Veränderungen im Bildungssystem.

So wird das nächste Jahrzehnt von einem gesamtgesellschaftlichen Lernprozeß geprägt sein. Reformen werden eingeleitet und durchgeführt, die jene Voraussetzungen schaffen, die für eine Strukturveränderung in der Bundesrepublik notwendig sind. Die SPD wird bei diesem Prozeß ihre einzelnen Entscheidungen in den Gesamtzusammenhang ihrer politischen Zielsetzungen zu stellen haben. Die ersten 70er Jahre werden für unsere Partei, ihre Mitglieder, für alle Bürger dieses Staates ein neues Selbstbewußtsein schaffen, das die demokratische Entwicklung fördert und stärkt und eine konsequente Friedenspolitik in Gang setzt.

Verschleißerscheinungen

Wie lange noch Regierung Dr. Lemke?

sp - In Schleswig-Holstein geht die Aera des Ministerpräsidenten und CDU-Landesvorsitzenden Dr. Lemke zu Ende. Aber auch die Zeit, da die CDU als allmächtige Staatspartei im nördlichen Bundesland schaltete und waitete, geht jetzt vorbei. Nach 19 Jahren ununterbrochener Macht ist die Führungsgarnitur der CDU verschlissen und vor allem nicht mehr aufnahmefähig für Ideen, Gesetze und Richtlinien, die das nördliche Bundesland mit Erfolg in die siebziger Jahre führen könnten.

Das Jahr 1969 war das krisenreichste Jahr der CDU-Herrschaft in Schleswig-Holstein. Die Führungskräfte der Partei sind in Diodochenkämpfe verstrickt. Noch nie wurden so viel Minister ausgewechselt. Noch nie gab es soviel Unsicherheit und Gegensätzlichkeit im Regierungsapparat. Jetzt sollen auch die Köpfe von CDU-Staatssekretären rollen in einem Beamtenapparat, der weitgehend von der CDU beherrscht wird.

Aber der Plan der CDU, nun mit einigen vielleicht modernen Männern das Schicksal ihrer Ablösung in der Regierung noch abzuwenden, kommt zu spät. Er kann auch vor allem nicht erfolgreich sein, weil die ganze untere Führungsgarnitur überwiegend erzkonservativ ist. Sie wurde auf den konservativen Dr. Lemke ausgerichtet, der sich am wohlsten fühlt zwischen Feuerwehrhauptleuten, Deichgrafen und Bauernpräsidenten. Die CDU Schleswig-Holsteins hat es nie zu einem Arbeitnehmerflügel gebracht.

Noch immer liegt Schleswig-Holstein bei den Sachprogrammen als Entwicklungsland hinten. Es gibt keinen Plan, der harmonisiert mit den Vorstellungen der Bundesregierung, die Ansetzung zukunftssträchtiger Industrien an modernen Verkehrsachsen vorsieht. Natürlich kann man Industrieunternehmen nicht zwingen, nach Schleswig-Holstein zu gehen. Aber die Landesplanung dort war immer nur darauf ausgerichtet, konservativ-bäuerlichen Besitzstand zu wahren und das reicht eben nicht für die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Dabei hätten Industrien durchaus Chancen, denn in Schleswig-Holstein werden zunehmend Kräfte aus der Landwirtschaft freigesetzt.

In der Gebietsreform zeigt sich das ganze Elend der zerrissenen CDU. Auf dem Parteitag im Dezember ist es offen, ob Dr. Lemke wieder zum Landesvorsitzenden gewählt wird. CDU-Abgeordnete aus den Landkreisen wollen gegen ihn opponieren, die durch die Gebietsreform nicht befriedigt worden sind. Hier zeigt sich übrigens noch ein anderer Aspekt der überaus rückständigen CDU-Führung in Schleswig-Holstein. In der Landesregierung hat sich die CDU-Führung immer auf überaus konservative Kräfte von unten gestützt. Diese Kräfte sind jetzt nicht bereit, auch nur die minimalsten Modernitäten einer Gebietsreform mitzumachen. Möglicherweise wird der konservative Dr. Lemke durch den noch konservativeren CDU-Anhang in der bäuerlichen Provinz demnächst ans Messer geliefert.

+ + +

Deutsch-spanischer Jugendaustausch auf gutem Wege

Verdreifachung der ausgetauschten Jugendlichenzahl angestrebt -
Gastarbeiterkinder gesellschaftlich voll integriert

Von unserem HD-1-Korrespondenten in Madrid

Der Initiative von Bundesminister Frau Strobel ist es zu verdanken, daß der deutsch-spanische Jugendaustausch immer größeren Umfang annimmt. Eine von Ministerialrat Ott geleitete deutsche Regierungsdelegation, der auch der deutsche Jugendführer Hermann von Schrödel-Siemau angehörte, hat in Madrid die Weichen für einen erweiterten deutsch-spanischen Jugendaustausch stellen können. Von spanischer Seite wurde als besonders bemerkenswert anerkannt, daß spanische Gastarbeiterkinder in der Gesellschaft ihrer deutschen Altersgenossen keine Schwierigkeiten haben und voll integriert sind. Diesen Gastarbeiterkindern sollten auch besondere Bemühungen deutscher und spanischer Stellen gelten, um ihnen in einer wichtigen Entwicklungsphase ihres Lebens zur Seite zu stehen.

Der deutsch-spanische Jugendaustausch, viel später begonnen als etwa die Beziehungen zwischen den jungen Deutschen und Franzosen, kann auf den Erfahrungen aufbauen, die die Bundesrepublik mit anderen Ländern gemacht hat. Von spanischer Seite besteht nach der breiteren Einflußnahme der Reformen im öffentlichen Leben ein besonderes Interesse, um Brücken zwischen jungen Deutschen und Spaniern im Interesse eines geächtlichen Europas von morgen zu schlagen. So soll auch ein regelmäßiger Informationsaustausch zwischen den Jugendzentren in München und Madrid zum festen Bestandteil der künftigen deutsch-spanischen Zusammenarbeit gehören. Die Bundesrepublik hat in ihren vielfältigen Kontakten mit Spanien die verantwortungsvolle Aufgabe unternommen, die Spanier näher an Europa heranzuführen. Dabei muß mit der Jugend begonnen werden. Bisher hat sich die Bundesrepublik dieser Aufgabe mit beispielhaftem Geschick unterzogen, was in Spanien mit besonderer Dankbarkeit empfunden wird.

Die deutsch-spanischen Verhandlungen über die Begegnung der Jugend beider Länder waren ein vielversprechender Anfang. Im kommenden Sommer werden deutsche Jugendliche als Nichttouristen mit der spanischen Wirklichkeit und der vielschichtigen Problematik eines Landes konfrontiert, das sich anschickt, die Eierschalen des Autoritarismus abzustreifen und zaghafte Schritte in Richtung Demokratie zu gehen. Die jungen Spanier, die nach Deutschland kommen, werden gleichfalls von der Vielfalt des Gebotenen verwirrt sein. Hier auf beiden Seiten eine Brücke des Verständnisses und der Verständigung zu schlagen bleibt eine Aufgabe, der sich alle Beteiligten gern unterziehen. Die Zahl der ausgetauschten Jugendlichen soll 1970 verdreifacht werden. Die deutsche Seite ist mit ihren bisherigen Spanien-Erfahrungen sehr zufrieden.